

Beim Ausstieg sind wir aufeinander angewiesen

BZ-GASTBEITRAG: Der Schweizer Nationalrat Andreas Gross vergleicht die Atompolitik auf beiden Seiten des Hochrheins

Die Sonne prägt die deutsche wie die schweizerische Politik seit langem, jedenfalls nicht erst seit Fukushima oder auch Tschernobyl. Die deutsche Energiepolitik ist seit etwa zehn Jahren freilich weiter als die eidgenössische: Es gibt pro Kopf und Dach nördlich des Rheins ungleich mehr Kollektoren, welche Solarenergie in Wärme oder Strom umwandeln, als auf der Schweizer Seite unseres Flusses.

Doch im übertragenen Sinn, polit-ästhetisch sozusagen, stehen beide seit langem im Zeichen der Sonne. Wenn auch mit ganz unterschiedlicher Perspektive: In der schweizerischen Parteienlandschaft scheint die Sonne seit Jahrzehnten im Logo der SVP, der national-konservativen Schweizerischen Volkspar-

tei. Sie firmiert auf der Europakarte der neuen Rechten und Rechtspopulisten als starker eidgenössischer Spross mit direkter Regierungsbeteiligung, was so nur noch in Italien, indirekt aber auch in Dänemark und Holland der Fall ist.

In Deutschland prägt die Sonne bekanntlich in Form der Sonnenblume das Parteilogo der Grünen, der neuen baden-württembergischen Regierungspartei und dem politischen Antipoden der SVP. Was beiden Parteien allen Unterschieden zum Trotz gemeinsam ist: Die vergangenen 20 Jahren waren für sie zwei Jahrzehnte des fast ununterbrochenen Wachstums. Dass dieses mit Fukushima im Falle der deutschen Grünen noch einen kräftigen Schub erfuhr, überrascht

weniger als die Tatsache, dass Fukushima das Wachstum der SVP, der schweizerischen Atompartei par excellence, nicht aufhalten konnte.

Im Kanton Baselland, der etwa 20 Kilometer des Rheins mit Baden-Württemberg teilt, wurde die SVP bei den gleichzeitig mit der Stuttgarter Wende stattfindenden Kantonalwahlen erstmals die stärkste aller Parteien, in Zürich gewann sie zwei Wochen später im Umland auch noch dazu, und für den Herbst, wenn die schweizerische Bundesversammlung (National-

lich der Atomkraft ist sehr ähnlich. An den Bau eines neuen AKWs glauben beide nicht mehr. Die Mehrheit will jeweils aus der Nuklearenergie aussteigen.

Der schweizerische Bundesrat ist aber noch nicht so weit wie die Bundesregierung. Mit einer offiziellen Manifestation des Ausstiegswillens wird in Bern erst in wenigen Wochen gerechnet. Über die Art und Weise wird beidseits des Rheins in der jeweils dominierenden politischen Währung gestritten: In der Schweiz haben Grüne und SPS entsprechende parlamentarische Ausstiegsgesetze und zu deren Untermauerung auch entsprechende Volksinitiativen angekündigt oder schon lanciert.

Solche Volksinitiativen („Strom ohne Atom“) hat bereits vor 25 Jahren Tschernobyl ausgelöst, was immerhin dazu führte, dass

in der Schweizer Bundesverfassung für die 1990er Jahre ein Bauverbot für neue Atomkraftwerke verankert wurde. Es wurde freilich nach 2000 nicht verlängert. In Deutschland verhalf Tschernobyl den Grünen bekanntlich zum Durchbruch zur dritten Partei im Land, was sie

vor zwölf Jahren in die Bundesregierung führte und so zum gesetzlich festgehaltenen Atomausstieg – ein epochaler ökologischer Fortschritt, den die Rotgrünen in der Schweiz weder indirekt noch direkt-demokratisch zustande brachten. So steht auch das Ende des ältesten der fünf schweizerischen AKW, desjenigen bei Mühleberg direkt vor Bern, erst unmittelbar bevor, womit für diejenigen am Rhein wie für jene im Norden erst für die 2020er Jahre zu rechnen ist.

Katastrophen kennen keine Landesgrenzen

Wie auch immer: So wie in den 70er Jahren fast gleichzeitig in Wyhl und Kaiseraugst mit großen Bürgermobilisationen badische und baslerische AKW verhindert werden konnten, wird uns auch der echte Ausstieg aus dieser unmenschlichen, weil mit dem menschlichen Irrtum nicht vereinbaren Technologie nur gemeinsam gelingen. Katastrophen würden keine Landesgrenzen kennen. Das gilt auch für französische, jene bei Fessenheim, uns und Euch gegenüber. So wie die Sonne für uns alle die gleiche ist.

– *Andreas Gross, Politikwissenschaftler, ist SP-Fraktionschef im Europarat, Leiter einer Werkstatt für Direkte Demokratie und seit 20 Jahren im Nationalrat in Bern.*



Andreas Gross

FOTO: GMC/G. MÜLLER

und Ständerat) erneuert wird, wird ihr neuerdings ein Anteil von 29,9 Prozent der Wählerstimmen vorausgesagt – zwölf Prozent mehr als der weiter schrumpfenden zweitgrößten SPS und mehr als doppelt so viel wie den beiden historischen Parteien des schweizerischen Bürgertums, der stark erodierenden FDP und der CVP.

Die Grundstimmung der Bevölkerung in Deutschland und der Schweiz bezüg-